

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung

Sitzung: Donnerstag, 04.09.2025

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 15:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Frank Flake - SPD

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Christoph Bratmann - SPD

wird von RH Graffstedt vertreten

Herr Matthias Disterheft - SPD

wird von RF Lerche vertreten

Frau Annegret Ihbe - SPD

Frau Bianca Braunschweig - B90/GRÜNE

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Leonore Köhler - B90/GRÜNE

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Frau Anke Schneider - Die FRAKTION. BS

Frau Sabine Bartsch - BIBS

Herr Robert Glogowski - B90/GRÜNE

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Stellvertretende Mitglieder

Herr Frank Graffstedt - SPD

vertritt RH Bratmann

Frau Sonja Lerche - SPD

vertritt RH Disterheft

Personalvertretung

Frau Christiane Hunke - Gesamtpersonalrat

Frau Mirjam Preisner - Gesamtpersonalrat

Frau Iris Voges - ÖPR 51

Verwaltung

Herr Christian Geiger - Dezernent VII

Herr Dr. Tobias Pollmann - Dezernent II
Frau Annette Hübner – FBL 20
Herr Henning Sack – FBL 10
Herr Dirk Franke – FBL 65
Herr Matthias Heilmann – AbtL 20.2
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte

Protokollführung

Herr Fahmi Bouricha – FB 10
Herr Mathias Poznansky – FB 20

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung	
13	Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)	
14	Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 19.06.2025	
15	Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 03.07.2025	
16	Mitteilungen (Personal)	
16.1	Personalkostenhochrechnung für den Monat Juli 2025	25-26354
16.2	Geschlechterverteilung der Dienstkräfte der Stadt Braunschweig	25-26100
17	Anträge (Personal)	
18	Bereitstellung von Ausbildungsplätzen im Einstellungsjahr 2026	25-26280
19	Anfragen (Personal)	
19.1	Digitalisierung vorantreiben: Wann modernisiert die Verwaltung ihre Umfragen?	25-26325
19.1.1	Digitalisierung vorantreiben: Wann modernisiert die Verwaltung ihre Umfragen?	25-26325-01
19.2	Einsatz und geplante Nutzung von KI-gestützten Softwarelösungen	25-26389
19.2.1	Einsatz und geplante Nutzung von KI-gestützten Softwarelösungen	25-26389-01
20	Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)	
21	Mitteilungen (Finanzen)	
22	Anträge (Finanzen)	
23	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Jahresabschluss 2024 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates	25-26075
24	Erwerb des Grundstücks Gemarkung Wenden, Flur 4, Flurstück 159/32, gelegen Heideblick 16, 16A	25-26114
25	Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	25-26166
26	Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	25-26353
27	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €	25-26323
28	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	25-26324
29	Anfragen (Finanzen)	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake eröffnet im Anschluss an die Vorbesprechung mit der Personalvertretung die Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Verwaltung stellt den Tagesordnungspunkt 23 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Jahresabschluss 2024 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in eine der kommenden Gremienschieden zurück. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

13. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

14. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 19.06.2025

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltung: 2

15. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 03.07.2025

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

16. Mitteilungen (Personal)

16.1. Personalkostenhochrechnung für den Monat Juli 2025

25-26354

Die Mitteilung 25-26354 wird zur Kenntnis genommen.

16.2. Geschlechterverteilung der Dienstkräfte der Stadt Braunschweig

25-26100

Ausschussvorsitzender Flake hebt die positive Tendenz beim Anteil von weiblichen Personen in Leitungspositionen sowie im höheren Dienst hervor.

Ratsfrau Köhler erkundigt sich, weshalb die Anzahl von weiblichen Auszubildenden seit 2023 leicht zurückgeht und fragt, ob es dazu bereits eine Analyse gibt.

Stadtrat Dr. Pollmann erklärt, dass weiterhin mehr Frauen als Männer ausgebildet werden. Aus diesem Grund ist hier noch kein Problem ersichtlich. Das Hauptanliegen besteht weiterhin darin, mehr zielgerichtete Werbung für die Ausbildungen bei der Stadt Braunschweig zu machen. Beispielsweise durch die vermehrte Teilnahme an Ausbildungsmessen oder über die Kanäle auf Social Media.

Ratsfrau Braunschweig erkundigt sich, weshalb der Frauenanteil in der Besoldungsgruppe A9 zurückgeht und wie darauf reagiert wird. Zudem erkundigt sie sich, ob es in der Besol-

dungsgruppe A7 besondere Gründe gibt, weshalb der Frauenanteil dort niedriger ist. Zum Vergleich zieht Ratsfrau Braunschweig die Besoldungsgruppe A6 heran, da dort ein stabiler Frauenanteil gelingt. Weiter fragt Ratsfrau Braunschweig, ob der seit Jahren sinkende Frauenanteil in der Entgeltgruppe 5 im Management berücksichtigt wird und wenn ja, wie.

Eine entsprechende Ergänzung der Mitteilung wurde durch die Verwaltung zugesagt.

Protokollnotiz: Ziel der Verwaltung ist es, den in allen Entgelt- und Besoldungsgruppen fixierten Korridor zwischen 45% und 55% in der Geschlechterverteilung zu erreichen. Priorität hat dabei – wie in der Vergangenheit auch immer wieder betont – die Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen in herausgehobenen Führungspositionen. Dies ist leider (noch) nicht gelungen. Unterrepräsentanzen in sämtlichen Entgelt- und Besoldungsgruppen abzubauen wird erschwert durch den demografischen Wandel sowie aufgrund des Fachkräftemangels, was im Ergebnis dazu führt, dass mitunter bei einzelnen selbst öffentlichen Stellenausschreibungen nur eine geeignete Bewerbung vorliegt, die in aller Regel dann auch zur Einstellung gelangt, um die Aufgabenerledigung sicherstellen zu können. Weiterhin gibt es in einzelnen Berufsgruppen gesellschaftlich geprägte Geschlechtsspezifika (z. B. Feuerwehrbeamte oder Erzieherinnen), die sich in bestimmten Entgelt- und Besoldungsgruppen prägend niederschlagen und den Abbau von Unterrepräsentanzen zusätzlich erschweren.

Dies vorausgeschickt zeigt die nachstehende Tabelle, die in der Sitzung des FPDA angesprochenen Besoldungs- und Entgeltgruppen (A9, A 7, EGr. 5) in ihrer zeitlichen Entwicklung:

BesGr./EGr.	12.2022	06.2023	12.2023	06.2024	12.2024	06.2025
A 9	(51,60 %) 37,52 %	39,06 %	45,12 %	45,52 %	47,53 %	45,20 %
A 7	34,54 %	33,56 %	32,51 %	30,48 %	30,41 %	37,21 %
A 6	52,48 %	47,57 %	53,89 %	53,27 %	54,98 %	52,15 %
E 5	45,35 %	41,04 %	41,86 %	41,55 %	40,27%	41,40 %

BesGr. A 9

Leider wurde der Wert für die BesGr. A 9 in der Übersicht aus Dezember 2022 fehlerhaft wiedergegeben. Die Verwaltung bittet dies zu entschuldigen. Richtig ist, dass der Anteil 37,52 % betrug.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Geschlechterverteilung regelmäßig einer Schwankung unterliegt. Bei der BesGr. A 9 ist tendenziell aber eine Steigerung zu erkennen. Berücksichtigt werden muss, dass es sich bei der in Rede stehenden BesGr. A 9 um das „Einstiegsamt“ im ehemals gehobenen Dienst handelt. Diese Mitarbeitenden werden regelmäßig nach Ablauf der beamtenrechtlichen Wartezeit nach BesGr. A 10 befördert, in der der Anteil der Frauen aktuell bei rd. 60 % liegt.

BesGr. A 7

Über 50 % der Beamtinnen und Beamten in der BesGr. A 7 sind in der städtischen Feuerwehr tätig (BesGr. A 7 ist dort das Einstiegsamt für die Brandmeister/innen). Da dort der Frauenanteil insgesamt sehr gering ist, wirkt sich dies auch auf den Frauenanteil in der BesGr. A 7 entsprechend aus.

EGr. 5 TVöD

Auch hier unterliegt die Geschlechterverteilung einer regelmäßigen Schwankung. Der Anteil beträgt aktuell 41,4 % und ist in den letzten zwei Jahren nahezu unverändert.

Die Mitteilung 25-26100 wird zur Kenntnis genommen.

17. Anträge (Personal)

Es liegen keine Anträge vor.

Beschluss:

1. Die Bereitstellung von bis zu 42 Ausbildungsplätzen zum 1. August 2026 für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt der Fachrichtung Allgemeine Dienste - davon bis zu 10 Plätze für die Zulassung von Beamtinnen und Beamten zum Aufstieg in diese Laufbahngruppe oder zum Angestelltenlehrgang II - wird genehmigt. Um sicherstellen zu können, dass möglichst alle Stellen besetzt werden, wird die Verwaltung ermächtigt, allen geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern ein Einstellungsangebot für eine Einstellung als Nachwuchskraft für diese Laufbahn zu erteilen.
2. Die Bereitstellung von bis zu 25 Ausbildungsplätzen für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt der Fachrichtung Allgemeine Dienste zum 1. August 2026 wird genehmigt. Sofern in der Laufbahngruppe 2 oder im Ausbildungsberuf Kauffrau/ Kaufmann für Büromanagement nicht alle Plätze besetzt werden können, kann die Zahl der Ausbildungsplätze für die Laufbahngruppe 1 entsprechend erhöht werden.
3. Die einzustellenden Beamtennachwachskräfte erhalten die Zusage, dass sie bei Bestehen der Laufbahnprüfung und Erfüllen der sonstigen beamtenrechtlichen Voraussetzungen (charakterliche/ gesundheitliche Eignung) nach Abschluss der Ausbildung im Beamtenverhältnis auf Probe eingestellt werden.
4. Die Einstellung von bis zu zehn Auszubildenden für den Beruf Kauffrau/ Kaufmann für Büromanagement und einer/eines Auszubildenden für den Beruf Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste wird zum 1. August 2026 genehmigt. Den einzustellenden Auszubildenden wird eine unbefristete Übernahme zugesichert, sofern sie die Ausbildung erfolgreich abschließen und die gesundheitliche und charakterliche Eignung gegeben ist.
5. Die Bereitstellung von bis zu 10 Ausbildungsplätzen für ein duales Studium in unterschiedlichen dualen Studiengängen wird zum 1. August 2026 genehmigt. Die unbefristete Übernahme wird zugesichert, sofern das Studium erfolgreich abgeschlossen wird und die gesundheitliche und charakterliche Eignung gegeben ist.
6. Die Einstellung von bis zu 9 Nachwuchskräften für eine Ausbildung in Kombination mit einer anschließenden Feuerwehrausbildung wird zum 1. August 2026 genehmigt. Nach der Erstausbildung werden diese Nachwuchskräfte bis zum Beginn des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Feuerwehr im Beschäftigtenverhältnis in Vollzeit übernommen, sofern sie die Abschlussprüfung bestehen und die charakterliche, gesundheitliche und sportliche Eignung für den Feuerwehrdienst gegeben ist.
7. Sollte sich in einzelnen Berufen ein bisher nicht absehbarer Bedarf ergeben, wird der Verwaltung die Ermächtigung erteilt, diese Ausbildungsplätze im Rahmen der beschlossenen Ressourcen flexibel zu besetzen.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

19. Anfragen (Personal)**19.1. Digitalisierung vorantreiben: Wann modernisiert die Verwaltung ihre Umfragen?****25-26325**

Die Anfrage wird mit Stellungnahme 25-26325-01 beantwortet.

19.1.1.Digitalisierung vorantreiben: Wann modernisiert die Verwaltung ihre Umfragen? 25-26325-01

Ratsfrau Köhler fragt, ob es neben dem Formular weitere Möglichkeiten für Abfragen gibt und inwieweit das Tool allen Fachbereichen zur Verfügung gestellt wird.

Stadtrat Dr. Pollmann erklärt, dass das Formularmanagement-Verfahren der gesamten Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt wird und sichert zu, die Organisationseinheiten nochmals auf das Tool hinzuweisen.

Die Stellungnahme 25-26325-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.2. Einsatz und geplante Nutzung von KI-gestützten Softwarelösungen 25-26389

Die Anfrage wird mit Stellungnahme 25-26389-01 beantwortet.

19.2.1.Einsatz und geplante Nutzung von KI-gestützten Softwarelösungen 25-26389-01

Ratsherr Merfort erkundigt sich, ob es eine weitergehende Strategie gibt, zukünftig weitere KI-gestützte Softwares in der Verwaltung zu etablieren.

Stadtrat Dr. Pollmann erklärt, dass Softwareprodukte mit einem Nutzwert für Bürgerinnen und Bürger betrieben werden sollen. Bei jedem Digitalisierungsschritt wird geprüft, ob aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein überwiegender Nutzen erzielt wird. Dies wird auch bei der Einführung von KI-gestützter Software beachtet. Zudem müssen Aspekte wie beispielsweise Datenschutz und -sicherheit beachtet werden. Auch hier entwickelt die Verwaltung keine eigenen Produkte oder Verfahren, sondern sondiert regelmäßig den Markt. Sobald sich Verfahren oder Produkte etablieren, die qualitativ sowie bezüglich ihrer Standardisierung geeignet erscheinen, wird deren Einsatz angestrebt. Jüngstes Beispiel in diesem Kontext ist die KI-basierte Fachsoftware für die Bearbeitung von Anträgen im Bereich Wohngeld.

Die Stellungnahme 25-26389-01 wird zur Kenntnis genommen.

20. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)

21. Mitteilungen (Finanzen)

Es liegen keine Mitteilungen vor.

22. Anträge (Finanzen)

Es liegen keine Anträge vor.

**23. Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH 25-26075
Jahresabschluss 2024 - Entlastung der Geschäftsführung und
des Aufsichtsrates**

Ergebnis:

Die Verwaltung stellt den Tagesordnungspunkt 23 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Jahresabschluss 2024 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in eine der kommenden Gremienschieden zurück.

24. Erwerb des Grundstücks Gemarkung Wenden, Flur 4, Flurstück 159/32, gelegen Heideblick 16, 16A 25-26114

Beschluss:

Dem Erwerb des Flurstücks 159/32 in Größe von 1.572 m², Gemarkung Wenden, Flur 4, Lage Heideblick 16, 16A zu den in der Vorlage dargestellten Konditionen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

25. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH 25-26166

Beschluss:

1. Die von der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH beantragte Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme in Höhe von bis zu 1.217.000 EUR zuzüglich Zinsen und etwaigen Kosten wird beschlossen.
2. Sofern die Zinsbindung nicht für die komplette Laufzeit des Darlehens vereinbart wird, wird die Verwaltung ermächtigt, die nach deren Ablauf erforderliche Prolongation oder Umschuldung durch Bürgschaftserklärung zu sichern.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

26. Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG 25-26353

Ratsfrau Braunschweig fragt, welche Auswirkungen auf die als Deckung benannte Projekte Grundschule (GS) Klint und Realschule (RS) Sidonienstraße verbunden seien. Bei der GS Klint sei ihr die Zuordnung der Projektnummer bisher so nicht bekannt. Sie bittet um Mitteilung, auf welche Maßnahmen zunächst verzichtet wird. Die RS Sidonienstraße sei für eine alternative Beschaffung vorgesehen. Ratsfrau Braunschweig bittet um Auskunft, ob noch ausreichende Mittel dafür vorhanden sind und wann ein realistischer Start sei. Es wirke, als hätte die RS Sidonienstraße keine Priorität, da dieses Projekt immer wieder als Deckung anderer Projekte herangezogen werde.

Herr Franke erläutert, dass die Auswahl aller Projekte bewusst getroffen wurde und führt die Hintergründe zu den Projekten GS Klint und RS Sidonienstraße umfangreich aus.

Ratsfrau Köhler fragt, ob die Unterstützung vom Land Niedersachsen für kommunale Investitionen, für Braunschweig rd. 18,9 Mio. €, auch als Deckung für Baukostensteigerungen genutzt werden könnten oder wie die Verwendung der Mittel aus Kommunalinvestitionsprogramm vorgesehen sei.

Frau Städtische Leitende Direktorin Hübner führt aus, dass derzeit ein Vorschlag vom Ref. 0120 erarbeitet wird und eine Gremienvorlage für die kommende Gremienschiene angedacht ist.

Ratsfrau Schneider erkundigt sich nach den Bauverzögerungen im Vienna house.

Herr Franke berichtet umfangreich über die Baumaßnahme Vienna house.

